

Verordnung
über die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von Katzen im Gebiet der
Samtgemeinde Hollenstedt; die sich außerhalb der Wohnungen ihrer Halter/innen frei
bewegen

Aufgrund der §§ 1 und 55 des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Nds. SOG) in er Fassung vom 19. Januar 2005 (Nds. GVBl. S. 9) zuletzt geändert durch Art. 7 des Gesetzes v. 13. Oktober 2011 (Nds.GVBl. Nr. 24/2011 S. 353) in Verbindung mit § 58 Abs. 1 Nr. 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576) in seiner aktuellen Fassung, hat der Rat der Samtgemeinde Hollenstedt in seiner Sitzung am 25.03.2014 die folgende Verordnung erlassen:

§ 1
Katzenhaltung

Katzenhalter/innen, die ihrer Katze die Möglichkeit gewähren, sich außerhalb der Wohnung ihres Halters zu bewegen, haben diese zuvor von einem Tierarzt kastrieren und mittels Tätowierung oder Mikrochip kennzeichnen zu lassen. Weiter ist eine Registrierung vorzunehmen. Dies gilt nicht für weniger als 5 Monate alte Katzen.

Registrierungen können kostenlos vorgenommen werden beim:

1. Deutsches Haustierregister
des Deutschen Tierschutzbundes e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Baumschulallee 15
53115 Bonn
Tel. +49 (0)228-60496-0
FAX: +49 (0)228-60496-40
24-Stunden-Hotline: +49 (02)228-6049635

2. TASSO-Haustierzentralregister für die Bundesrepublik Deutschland e.V.
Frankfurter Str. 20
65795 Hattersheim
Tel. +49 (0)6190-937300
FAX: +49 (0)6190-937400
URL: www.tasso.net

Die beiden genannten Einrichtungen sind beispielhaft aufgelistet. Ein Anspruch auf Vollständigkeit kann nicht erhoben werden.

Als Katzenhalter/in im Sinne dieser Verordnung gilt auch, wer freilaufenden Katzen regelmäßig Futter zur Verfügung stellt.

Für Zuchtkatzen können auf Antrag Ausnahmen von der Kastrationspflicht zugelassen werden, sofern eine Kontrolle und Versorgung der Nachzucht glaubhaft dargelegt wird.

Auf Antrag können weitere Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Verordnung zugelassen werden, wenn die Interessen der Antragstellerin oder des Antragstellers die durch die Verordnung geschützten öffentlichen und privaten Interessen im Einzelfall nicht nur geringfügig überwiegen.

